

5 „Unbeirrt und unbeeinflußt von parteipolitischen Strömungen“¹

So sehr die geistigen Strömungen der Zwanziger und Dreißiger in den unzähligen Vorträgen und Aufsätzen durchschimmerten, die im Laufe der eineinhalb Jahrzehnte über die Saarfrage gehalten und geschrieben wurden, so sehr die Gedanken der diversen jungkonservativen, völkischen, national-revolutionären und bündischen Kreise² auch den „Saarfreunden“ vertraut waren, so wenig läßt sich bei ihnen auf der Grundlage der überlieferten Quellen eine – über ein prinzipielles Wohlwollen hinausreichende – Affinität zu Protagonisten in der „Konservativen Revolution“ erkennen. Vogel war viel zu sehr praktischer Propagandist, als daß er sich intensiver mit derartigen theoretischen Erwägungen auseinandergesetzt hätte. Für ihn fand die Kooperation mit anderen Organisationen, Zirkeln und Institutionen stets unter der Prämisse statt, daß sie sich für die Saarvereinsarbeit als nützlich erwies. Überwogen die in Kauf zu nehmenden Nachteile, so kündigte Vogel selbst Vereinigungen wie dem „Deutschen Schutzbund“ die Zusammenarbeit auf.

Auf der schmalen Gratlinie zwischen Patriotismus, Nationalismus³, Revanchismus und Konservativismus⁴ erhob Vogel stets für den Bund der Saarvereine das Postulat der parteipolitischen, konfessionellen und gesellschaftlichen Objektivität des Bundes. Allerdings sind Zweifel an der demonstrierten Unvoreingenommenheit angebracht. Zum einen fand sie seitens der Ortsgruppen nicht die gebührende Beachtung, was sich darin äußerte, daß Vertreter der Berliner Geschäftsstelle bei Besuchen in der Provinz mehrfach auf die Einhaltung der Prinzipien pochen und sie in internen Ortsgruppenversammlungen thematisieren mußten⁵. Zum anderen sah sich der Verein von dritter Seite immer wieder mit den Vorwürfen fehlender Ausgewogenheit, nationalistischer Hetze und kaum verhohlener Rechtslastigkeit konfrontiert, worauf

¹ Zitiert aus dem Entwurf eines Rundschreibens der GSV an die Fraktionsvorsitzenden im Preußischen Landtag und Reichstag (27.05.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6: „Unbeirrt und unbeeinflußt von parteipolitischen Strömungen haben wir die Unterstützung unserer vaterländischen Aufklärungsarbeit von allen Parteien genommen, nicht um irgendeiner Partei, sondern um dem Saargebiet zu dienen, erfüllt von der Überzeugung, daß in allen Parteien der Gedanke der Saarbefreiung lebt.“ Unterstreichung im Original.

² Zu dieser Kategorisierung vgl. MOHLER, S. 130–165.

³ Zu den verschiedenen Spielarten des Nationalismus während der Weimarer Republik vgl. DANN: Nation und Nationalismus, S. 268–272; MOMMSEN: Nationalismus in der Weimarer Republik. Trotz zweifellos nicht nur latent vorhandener nationalistischer Neigungen der Saarvereinsmitglieder, die vereinzelt auch den pervertierten extremen Varianten des „nationalen Patriotismus“ (HOBSBAWM, S. 59) anhängen, lassen sich aus der Beschäftigung mit dem BdS keine neuen Impulse für die Nationalismusforschung gewinnen. Zur aktuellen Diskussion vgl. LANGEWIESCHE: Nation, Nationalismus, Nationalstaat.

⁴ Vgl. hierzu: BREUER; VON DEM BUSSCHE; SCHILDT, S. 131–181.

⁵ Vgl. beispielsweise die Veranstaltungen am 28.11.25 in Herne (SF 6 (1925) 24, S. 415), am 15.11.26 in Osnabrück (SF 7 (1926) 23, S. 427 f.), in Gladbeck (SF 9 (1928) 9, S. 145), am 03.02.28 in Darmstadt (SF 9 (1928) 4, S. 61 f.) oder am 01.12.29 in Duisburg (SF 10 (1929) 24, S. 523 f.).

die zahlreichen Rechtfertigungsversuche in Publikationen und sonstigem Propagandamaterial hindeuten⁶.

Die Auswertung der Korrespondenz zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und den politischen Parteien ergibt den Befund, daß die Kontakte zum bürgerlich-konservativen Lager weit überwogen⁷, und es war sicher kein Zufall, daß die deutsch-nationalen, rechtsliberalen und konservativen Parteivertreter größeres Interesse für die Kooperation mit dem Bund der Saarvereine als ihre sozialdemokratischen oder gar kommunistischen Kollegen aufbrachten. Allerdings wird dies weniger als Indikator für eine einseitige Orientierung der Saarorganisation gewertet werden können als die zahlreichen Selbstzeugnisse und Konfliktfelder während der jahrelangen Tätigkeit.

Zumindest in der Übergangsphase 1919/20 suchte Vogel noch den Kontakt zu den Linksparteien, machte aber daraus keinen Hehl, daß die Überparteilichkeit der Saarvereine nicht seiner inneren Überzeugung entsprang, sondern eine notwendige Konzession an den Zeitgeist respektive die Erwartungen der Berliner Ministerien war. Man müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß die saarländische Arbeiterschaft nach vier Kriegsjahren zwar fest im deutschen Lager stünde, aber „zum großen Teil ins sozialdemokratische Fahrwasser übergegangen“ sei⁸. Ohne Umschweife gaben die Mitarbeiter der Bundesorganisation zu, daß die Überparteilichkeit dort an ihre Grenzen stoße, wo sich frankophile oder gar separatistische Strömungen breit machten. Infolgedessen wurden konsequent alle Kontakte zu den Kommunisten und – nach einer einmaligen Aufforderung zur Kooperation – ebenso zu den Unabhängigen Sozialdemokraten⁹ gemieden. Sofern der „Saar-Freund“ überhaupt Parteifragen zur Sprache brachte, stigmatisierte er die politische Linke als „Schrittmacher des französischen Militarismus“, die durch ihre Handlangerdienste für die Feinde Deutschlands Landesverrat beginge¹⁰. Schon sehr früh erfolgte ihr Ausschluß aus der nationalen „Volksgemeinschaft“: Da KPD und USPD im Gegensatz zu den anderen politischen

⁶ Vgl. VOGEL: Die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“, S. 5; Protokoll der Vorstandssitzung des Bundes vom 02.04.22 (04.04.22), in: BA-R 8014/21; SF 6 (1925) 14, S. 225; SF 9 (1928) 14/15, S. 267.

⁷ Vgl. BA-R 8014/695–698. Unter den Berichten über Parteitage saarländischer Parteien und Bezirksversammlungen saarländischer Gewerkschaften finden sich im SF deutlich weniger Meldungen über Versammlungen der SPD und der freien Gewerkschaften: Vgl. beispielsweise SF 5 (1924) 12, S. 183; SF 5 (1924) 15, S. 226; SF 5 (1924) 19, S. 293; SF 8 (1927) 12, S. 193 ff.

⁸ Er allerdings glaube fest an die politische „Gesundung“ der Bergleute: Vgl. Brief der GSV an Hilger (29.09.19), in: BA-R 8014/9. Dem preußischen Beamten Vogel fiel es sichtlich schwer, aus seiner bisherigen Rolle zu schlüpfen und die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Gesprächspartner zu akzeptieren. Vgl. die Klagen gegenüber Dr. Maurer (29.10.19), in: BA-R 8014/141.

⁹ Die zweitstärkste Fraktion im Reichstag wurde neben den anderen großen Parteien im Februar 1921 noch aufgefordert, für die Bundestagung in Kassel einen Redner zu entsenden. Mit ihrer Absage trug die USPD im Prinzip selbst dazu bei, daß die Versammlung eine relativ einseitige Ausrichtung erhielt: Vgl. Brief der GSV an die Fraktionen von USPD, SPD, Zentrum, DDP, DVP und DNVP (15.02.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Absage der USPD-Fraktion an die GSV (10.03.21), in: BA-R 8014/695.

¹⁰ Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 235; SF 2 (1921) 7, S. 85; SF 2 (1921) 13, S. 171; SF 2 (1921) 21, S. 304 f.

Parteien des Saargebiets für die Einführung des Francs als alleiniges Zahlungsmittel plädierten und ebenso die französische Schulpolitik unterstützten, widerlegten sie die Behauptung, die gesamte Saarbevölkerung befände sich in genereller Opposition zu den Maßnahmen der Regierungskommission. Als sich die „bedeutungslose[n] Kommunisten und Unabhängige[n]“¹¹ im Herbst 1921 dazu verstiegen, die erste saarländische Delegation nach Genf zu torpedieren und wenige Wochen darauf eine eigene Denkschrift an den Völkerbund verfaßten, erfolgte der endgültige Bruch: In einem Vortrag vor der Berliner Ortsgruppe erklärte Vogel, die Linksparteien seien fortan nicht mehr als deutsche Brüder anzusehen¹². Die Ausgrenzung der „moskauwitschen Lumpen“¹³ zeigte sich in den folgenden Jahren unter anderem daran, daß diese weder in die Planungen zur Wiederbelebung des interfraktionellen Saarausschusses eingebunden, noch ihre parlamentarische Präsenz überhaupt zur Kenntnis genommen wurde¹⁴.

Nach offizieller Lesart war die Saarfrage eine nationale Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes, die nicht in die Niederungen parteipolitischer Querelen absinken durfte. Hierdurch wurde das Problem der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Mandatslandes in moralischen Kategorien gehandelt und weitestgehend entpolitisiert. In Erinnerung an die Burgfriedensphase während des Weltkrieges versuchten die „Saar-Freunde“ eine überparteiliche Einheitsfront¹⁵ aller zur Mitarbeit entschlossenen Kräfte aufzubauen. Diese sollte so lange Bestand haben, bis die Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich vollzogen sein würde. Wenn schon nicht die extreme politische Linke vor den Propagandakarren der Geschäftsstelle gespannt werden konnte, mußten die gemäßigten Sozialdemokraten umso mehr bei der Stange gehalten werden, ließ sich doch nur so das Einheitsfrontidyll aufrechterhalten. So mangelte es gerade in den ersten Jahren nicht an entsprechenden Appellen¹⁶.

Das Verhältnis zwischen dem Bund der Saarvereine und der Sozialdemokratie war indes dadurch geprägt, eine Normalität nach außen zu demonstrieren, die hinter den

¹¹ SF 3 (1922) 4, S. 61.

¹² Vgl. Vortrag Vogels (27.10.21), in: SF 2 (1921) 22, S. 327 f. Wenn fortan von „allen Parteien“ die Rede war, mit denen die GSV kooperieren wolle und denen sie ihr Propagandamaterial zukommen ließ, so hieß das in ihrem Sprachgebrauch, daß die Schreiben den verschiedenen Fraktionen der SPD, des Zentrums, der DDP, der DVP, der DNVP sowie deren Nachfolge- und Splitterparteien zuzingen. Erste Kontakte zur NSDAP ergaben sich erst nach deren Wahlerfolg 1930.

¹³ Brief Vogels an Kellner (20.09.32), in: BA-R 8014/89.

¹⁴ 1926 forderte Vogel sogar von der Reichsregierung, auf eine Verschiebung der saarländischen Landesratswahlen hinzuwirken, da eine Stärkung der Kommunisten zu befürchten sei. Das AA erteilte diesem nicht zu realisierenden Anliegen umgehend eine Absage: Vgl. Brief der GSV an das AA (23.11.26) und Antwortschreiben (25.11.26), in: BA-R 8014/678.

¹⁵ Vgl. hierzu: JEISMANN, S. 312 ff.

¹⁶ Vgl. SF 2 (1921) 4, S. 40; SF 2 (1921) 7, S. 83; SF 2 (1921) 7, S. 90 f.; SF 3 (1922) 1, S. 2; SF 4 (1923) 20, S. 261 („Ist da nicht jeder einzelne Volksgenosse verpflichtet, sich in die Reihe der Kämpfer einzureihen, um die Einheitsfront gegen den unerbitterlichen Feind herzustellen? [...] Also eine Einheitsfront von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen Volkspartei! Feuerdisziplin!“); SF 4 (1923) 22, S. 279; SF 5 (1924) 1, S. 11; SF 5 (1924) 9, S. 125.

Kulissen kaum vorhanden war. Auftritte von Sozialdemokraten auf Veranstaltungen des Bundes stellten zwar keinen Einzelfall dar, doch müssen sie als etwas Besonderes empfunden worden sein, da der „Saar-Freund“ explizit auf die Parteizugehörigkeit hinwies, worauf er bei Rednern anderer Parteien verzichtete. Ebenso wie der Bund der Saarvereine bemüht war, seine Überparteilichkeit durch Redner der SPD unter Beweis zu stellen, sahen sich deren Delegierte in der Pflicht, die nationale Zuverlässigkeit ihrer Partei hervorzuheben¹⁷. Auf diese Weise trugen die sozialdemokratischen Referenten beispielsweise in Kassel und Dortmund entscheidend zum einseitigen, nationalistisch gefärbten Charakter der Veranstaltungen bei.

Alle rückgliederungswilligen Parteien sollten sich in eine Einheitsfront einreihen; ein Ausscheren galt daher als kontraproduktiv für die nationale Sache. Überdeutlich zeigte sich dies im Herbst 1924 während der mehrwöchigen Betriebsstilllegung der Völklinger Hütte¹⁸. Anstatt mit Röchling einen seiner wichtigen Förderer zu kritisieren¹⁹, kochte der Saarverein das alte Vorurteil der mangelnden nationalen Zuverlässigkeit im linken Lager auf und wies den Sozialdemokraten die Schuld am Zerbrechen der Einheitsfront zu²⁰. Da sie auch nach Beendigung der siebenwöchigen Betriebsstilllegung auf der Völklinger Hütte ihren eigenen Kurs verfolgte und sich insbesondere in Fragen der Verständigung mit Frankreich, der Wertung des Völkerbundes und des klaren Bekenntnisses zur Republik von ihren einstigen Kooperationspartnern in der interparteilichen Einheitsfront abgrenzten²¹, wurden die saarländischen Sozialdemokraten Anfang 1925 heftig von Vertretern des Bundes attackiert. Die Vorwürfe richteten sich vor allem an das Parteiorgan „Volksstimme“, das nach Jahren vorbildlicher Pressearbeit nun andere Prioritäten setze²². Auch ohne seinen Namen explizit zu erwähnen, griff der „Saar-Freund“ damit erstmals den kurz nach dem Ausbruch des hunderttägigen Bergarbeiterstreiks nach Saarbrücken gekommenen Chefredakteur Max Braun an, der in den folgenden Jahren zur prägenden Person der saarländischen SPD aufsteigen und wegen seiner Haltung im Abstimmungskampf schließlich als „meistgehaßter Mann“ des Saargebiets gelten konnte²³. Schon bald wurde die Redaktion des „Saar-Freund“ konkreter, indem sie sich in einen partei-internen Konflikt einmischte und die saarländischen Sozialdemokraten offen aufforderte, sich von den Kreisen um Braun zu distanzieren. Sie stellte schließlich die Frage in den Raum, ob die Voraussetzungen für eine schnelle Rückgliederung der

¹⁷ Vgl. Redebeitrag Hauschilds (03.04.21), in: SF 2 (1921) 8, S. 97; Redebeitrag Bäumgens (07.05.22) im Rundschreiben an 285 Zeitungsredaktionen (08.05.22), in: BA-R 8014/21.

¹⁸ Vgl. LA Saarbrücken, Saar-Verein 16; KESTERNICH; RÖCHLING, S. 116–119.

¹⁹ Röchling erhielt Ende Oktober 1924 sogar vor der Berliner Ortsgruppe und anschließend im SF ein Forum, die Betriebsstilllegung zu rechtfertigen: Vgl. SF 5 (1924) 20, S. 301 f. Die unternehmerfreundliche Haltung des SF zeichnete sich auch anderenorts ab: Vgl. SF 8 (1927) 1, S. 9 f.

²⁰ Vgl. SF 5 (1924) 14, S. 226 f.; SF 5 (1924) 15, S. 227; SF 5 (1924) 16, S. 237 f.; SF 5 (1924) 21, S. 328.

²¹ Vgl. hierzu: ZENNER: Parteien und Politik, S. 184 ff.

²² Vgl. SF 6 (1925) 5, S. 77 f.

²³ Vgl. allgemein PAUL: Max Braun.

Saar tatsächlich innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu realisieren sei²⁴. Braun seinerseits griff den Fehdehandschuh auf, indem er den „Saar-Freund“ als „nationalistisch und verrannt“ beschimpfte²⁵. Die Art und Weise, wie die Geschäftsstelle nun in den folgenden Monaten propagandistisch gegen Braun vorging, skizzierte die Methoden des späteren Abstimmungskampfes vor. So wurde Braun durch dessen vermeintliche Frankophilie stigmatisiert und in das Lager der Separatisten verbannt²⁶. Ähnlich wie später die „Deutsche Front“ reduzierte der „Saar-Freund“ die möglichen Alternativen auf zwei Parteien, die entweder dem Deutschtum an der Saar nützten oder ihm schaden wollten²⁷. Obwohl Vogel die Sozialdemokraten bei ihrem wunden Punkt zu packen versuchte – auch im sechsten Jahr der Republik war klar, daß kein Parteimitglied den Verdacht nationaler Unzuverlässigkeit auf sich sitzen lassen würde –, führte seine Strategie nicht zum gewünschten Ziel: Trotz aller Verleumdungen trennte sich die SPD nicht von ihrem Chefredakteur; ein innerparteiliches Schiedsgerichtsverfahren über Brauns „nationale Zuverlässigkeit“ ging zu seinen Gunsten aus²⁸.

Die Wogen der Auseinandersetzung hatten sich gerade erst geglättet, als nun der Bund der Saarvereine seinerseits durch die Kölner Bundestagung 1926 ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Die nachfolgende Presseberichterstattung über inhaltliche Debatten oder vereinsinterne Beratungen verblaßte angesichts der Welle der Entrüstung, welche ein als feierlicher Höhepunkt vorgesehener zweistündiger Festzug²⁹ auslöste: Weit über die Hälfte der mitmarschierenden Teilnehmer gehörten rechtsgerichteten Verbänden wie dem „Werwolf“, dem „Stahlhelm“, dem „Jungdeutschen Orden“ oder dem „Kyffhäuserbund“ an, die ebenso wie die Kölner Nationalsozialisten ihre Fahnen zur Schau trugen. Auf Intervention des Saarvereins wurde zwar die Reichsflagge – gemeinsam mit einer schwarz-weiß-roten Handelsflagge und vier Landesfahnen – vorangestellt, doch dominierten innerhalb des Zuges die antirepublikanischen Farben und Banner. Hatte der Flaggenstreit³⁰ schon die beiden vorangegangenen Bundestagungen überschattet³¹, so sahen sich der Bund der Saar-

²⁴ Vgl. SF 6 (1925) 6, S. 92 f.; SF 6 (1925) 7, S. 108.

²⁵ „Volksstimme“ Nr. 78 (02.04.25).

²⁶ Vgl. SF 6 (1925) 9, S. 140; SF 6 (1925) 12/13, S. 183 ff.; SF 6 (1925) 14, S. 220; SF 6 (1925) 17, S. 286.

²⁷ Vgl. SF 6 (1925) 8, S. 124.

²⁸ Vgl. PAUL: Max Braun, S. 52–56.

²⁹ Vgl. Programm zur Bundestagung 1926, in: SF 7 (1926) 15, S. 248.

³⁰ Der zu Anfang der Republik getroffene Kompromiß, neben der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge auch die alte schwarz-weiß-rote Fahne als Handelsflagge mit den republikanischen Farben als Gösch bestehen zu lassen, wichte in den folgenden Jahren durch zwei Flaggenverordnungen immer mehr zugunsten der monarchischen Farben auf. Die Republikaner mußten dem entgegenwirken, wollten sie nicht hinnehmen, daß das „alte“ Deutschland weiterhin zur Schau getragen wurde: Vgl. WINKLER: Weimar, S. 311.

³¹ Vgl. „Frankfurter Zeitung“ Nr. 399 (29.05.24); „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 122 (26.05.24); Brief der GSV an Löffler (27.05.25), in: BA-R 8014/25; SF 6 (1925) 11, S. 167; SF 6 (1925) 23, S. 387.

vereine und insbesondere Vogel in den Wochen nach Köln mit dem Vorwurf konfrontiert, die Einseitigkeit der Veranstaltung billigend in Kauf genommen und es den Nationalsozialisten ermöglicht zu haben, die Kundgebung zu Provokationen der verfassungstreuen Bevölkerung zu mißbrauchen. Von sozialdemokratischer Seite stand Vogel zusätzlich unter Druck, da versäumt wurde, das Begrüßungsschreiben des preußischen Innenministers Severing zu verlesen³². Zwei Wochen nach dem Kölner Zwischenfall beschloss der Vorstand der Saar-SPD und die Landesratsfraktion daher in gemeinsamer Sitzung, jede Mitarbeit im Bund der Saarvereine und am „Saar-Freund“ künftig abzulehnen³³. Vogels Vorhaben, durch individuelle Schreiben zu beschwichtigen und sich bei führenden Sozialdemokraten um eine politische Schadensbegrenzung³⁴ für die „schwarzweißrote Hakenkreuzdemonstration“ („Vorwärts“) zu bemühen, lief angesichts dieser eindeutigen Distanzierung der saarländischen SPD ins Leere. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorwürfen kam für Vogel allerdings nicht in Frage, da er Braun für den alleinigen Drahtzieher der Eskalation hielt³⁵.

Vordergründig ließ sich der Konflikt zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und der Saar-SPD Brauns bis Jahresende beilegen. Nach einer Aussprache veröffentlichte die Schriftleitung des „Saar-Freund“ eine Erklärung, derzufolge sich der Verein bei der saarländischen Sozialdemokratie entschuldigte und nichts sehnlicher wünsche, als fortan mit ihr in der Frage des Deutschtums wieder zusammenzuarbeiten³⁶. Schon Anfang des nächsten Jahres wurde Braun neben den Sozialdemokraten Schäfer, Südekum und Löffler zu einer Sitzung des Aufsichts- und Beratungsausschusses ins Preußische Abgeordnetenhaus eingeladen³⁷. Hinter den Kulissen hingegen bedauerte Vogel den strategischen Rückzieher wegen der damit verbundenen Stärkung Brauns³⁸. Um so größer war die Befriedigung Vogels, sich sieben Jahre später öffentlich in die Phalanx der Gegner Brauns einreihen zu können.

³² Vgl. „Berliner Tageblatt“ Nr. 384 (16.08.26) und Nr. 388 (18.08.26); „Kölner Tageblatt“ Nr. 385 (18.08.26); „Frankfurter Zeitung“ Nr. 703 (21.09.26); S.Z. Nr. 226 (21.08.26); „Volksstimme“ Nr. 189 (17.08.26) und Nr. 195 (25.08.26).

³³ Der Bezirksvorstand „Obere Rheinprovinz“ sollte ebenso wie der Berliner Hauptvorstand aufgefordert werden, sich diesem Beschluß anzuschließen: Vgl. „Volksstimme“ Nr. 200 (30.08.26).

³⁴ Vgl. „Die ungerechtfertigten Angriffe gegen den Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle ‘Saar-Verein’ anlässlich der Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar in Köln am Rhein am 15. August 1926“ (20.08.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Erklärung der GSV (01.09.26), in: BA-R 8014/678; SF 7 (1926) 17, S. 301–305. Der Aufsatz „Die Wahrheit über den Saar-Verein“ ging den körperschaftlichen Mitgliedern auch als Sonderdruck zu und wurde in zahlreichen saarländischen und reichsdeutschen Zeitungen veröffentlicht: Vgl. StA Saarbrücken, Großstadt 802; „Völklinger Nachrichten“ Nr. 288 (11.12.26), „Köllertaler Zeitung“ Nr. 290 (14.11.26); S.Z. Nr. 344 (19.12.26).

³⁵ Vgl. Brief der GSV an Debusmann (08.09.26), in: BA-R 8014/333. Nach Vogels Ansicht habe man es noch immer mit der alten Sozialdemokratie zu tun, „die international eingestellt ist und für Nationales kein Verständnis hat.“ Vgl. Brief der GSV an Hilger (02.09.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19.

³⁶ Vgl. SF 7 (1926) 23, S. 417; Protokolle der Besprechungen vom 18.11.26 (20.11.26) und 23.11.26, in: BA-R 8014/40.

³⁷ Vgl. Brief der GSV an Braun (27.01.27), in: Ebd.

³⁸ Vgl. Brief der GSV an Karius (11.12.26), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 11.

Beide Seiten waren nach außen bemüht, die Normalität ihres Verhältnisses zu betonen, doch wirkten derartige Bekenntnisse oftmals verkrampft und entsprachen eher taktischen Erwägungen als innerer Überzeugung. Nur einmal versuchte Braun, den Bund als Forum zu nutzen, scheiterte dabei aber an der Skepsis der anderen Parteien³⁹. Mit seinen zur damaligen Zeit utopischen Parolen wie „Es lebe das neue Europa saarländischer und deutscher Freiheit und deutsch-französischer Verständigung“⁴⁰ konnte die Mehrheit der Mitarbeiter im Bund der Saarvereine nur wenig anfangen. Vielmehr entrüsteten sie sich über das extravagante Auftreten Brauns und seiner Gattin und fühlten sich zu erzieherischen Maßnahmen gegenüber der sozialdemokratischen Partei verpflichtet⁴¹. Über die Dissonanzen konnten auch Brauns Auftritte auf Veranstaltungen des Bundes nicht hinwegtäuschen⁴², wengleich der „Saar-Freund“ dies als Zeichen der neu formierten Einheitsfront wertete. Der endgültige Bruch zwischen dem Bund der Saarvereine und der saarländischen Sozialdemokratie erfolgte unmittelbar nach der Neustädter Bundestagung 1931. Braun hatte dort über die „Lösung der Saarfrage“ referiert und eine Lanze für die deutsch-französische Aussöhnung gebrochen⁴³, in der anschließenden Berichterstattung des „Saar-Freund“ aber gerade diese Passagen zur Verständigung vermißt⁴⁴. Er schlug gegenüber dem Bund der Saarvereine nun selbst einen aggressiveren Ton an, und während er den Aufruf zur Bundestagung noch unterzeichnet hatte, sucht man Brauns Unterschrift auf den nun folgenden Rundschreiben der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vergebens⁴⁵. Der Mitte der zwanziger Jahre entstandene und trotz aller beidseitiger Lippenbekenntnisse seitdem nie wirklich zugeschüttete Graben zwischen der saarländischen Sozialdemokratie und dem Bund der Saarvereine war erneut aufgerissen; bereits eineinhalb Jahre bevor Braun von Hitler während der Reichstagsdebatte zum

³⁹ Ihm schwebte eine Vortragsveranstaltung vor, auf welcher sich auch Levacher (Zentrum) und Schmelzer (DSVP) im Festsaal einer staatlichen Behörde zu Wort melden sollten. Das AA empfahl angesichts der laufenden Gespräche in Paris, die Veranstaltung abzusagen: Vgl. Brief Voigts an König (08.03.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093; Protokoll der Besprechungen (24.02.30) und Rundschreiben der GSV an Braun, Levacher und Schmelzer (26.02.30), in: BA-R 8014/831.

⁴⁰ Braun auf der Kundgebung im Saarbrücker Saalbau anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages (28.06.29), in: SF 10 (1929) 14, S. 296. Demgegenüber erschöpfte sich Vogels Politikverständnis eher in Freund-Feind-Kategorien.

⁴¹ Vgl. Brief der GSV an das AA (31.10.30), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093) und Ollmert (21.11.30), in: BA-R 8014/118. Siehe hierzu: PAUL: Max Braun, S. 31–36.

⁴² Vgl. Bericht über die Saarkundgebung am 25.11.30 in Frankfurt am Main mit Vortrag Brauns, in: SF 11 (1930) 24, S. 441 ff.; S.Z. Nr. 324 (28.11.30).

⁴³ Vgl. SF 12 (1931) 15/16, S. 264 f.; „Volksstimme“ Nr. 159 (13.07.31). Sinngemäß wiederholte Hitler drei Jahre später auf der Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein sogar die Ausführungen Brauns, daß die Saarfrage das letzte noch offene Grenzproblem in Europa darstelle.

⁴⁴ „Volksstimme“ Nr. 230 (03.10.31). Auch die anschließenden Rechtfertigungsversuche Vogels konnten Braun nicht überzeugen. Vgl. Brief der GSV an die Redaktion der „Volksstimme“ und Braun (09.10.31), in: BA-R 8014/893; SF 12 (1931) 21, S. 357 ff.

⁴⁵ Vgl. SF 12 (1931) 13/14, S. 236. Vgl. Aufruf „Ein ernstes Wort zu ernster Stunde“ (15.12.31), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 19; Rundschreiben der GSV (Januar 1932), in: StA Bonn, Pr 10/325; „Notruf für die deutsche Saar“ (Frühjahr 1933), in: BA-R 8014/790 sowie die Empfehlungsschreiben aus der ersten Jahreshälfte 1932, in: SF 13 (1932) 2–11.

Ermächtigungsgesetz als Landesverräter beschimpft wurde, hatte die Zusammenarbeit zwischen ihm und der Berliner Geschäftsstelle ein Ende gefunden. Vogel drängte nun darauf, durch konsequente Nichtbeachtung Brauns im „Saar-Freund“ das Problem auszublenden⁴⁶.

Die phasenweise gute Kooperation mit einzelnen Sozialdemokraten kompromittierte den Bund nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“, so daß sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Debusmann auf der Arbeitssitzung der Bundestagung 1933 zu einer Neubewertung des Verhältnisses hinreißen ließ:

„Bei der seit Bestehen einwandfreien kerndeutschen nationalen Einstellung des Bundes der Saarvereine sei es erklärlich, daß die Saarvereine von sozialistischen und kommunistischen Elementen vollständig frei geblieben seien, denn diese Elemente hätten es gewußt, daß sich ihre internationalen Träumereien mit wahrer Heimatliebe nie vertragen könnten.“⁴⁷

Das Verhältnis zum früheren politischen Hauptgegner Vogels, dem Zentrum, war demgegenüber nicht durch derartige leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen geprägt. Anders als bei der politischen Linken richtete sich die Kritik der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nicht gegen die gesamte Partei, sondern nur gegen einzelne Mitglieder, die exemplarisch an den Pranger gestellt wurden⁴⁸. In nationalpolitischen Fragen nahm der „Saar-Freund“ das Zentrum in aller Regel in Schutz, wertete von der Linie des Bundes abweichende Äußerungen als Entgleisungen einzelner⁴⁹ und forderte die Partei offen auf, sich von den „Schädlingen am Deutschtum“ zu trennen⁵⁰. Zur Bewahrung ihres guten Verhältnisses zum Zentrum bzw. zur christlichen Gewerkschaftsbewegung nahm die Redaktion des „Saar-Freund“ sogar in Kauf, daß sich beide den Hauptanteil am Freiheitskampf zuschrieben. Diese Bescheidenheit endete allerdings in dem Moment, an welchem zu befürchten war, daß wichtigen Geldgebern aus der Industrie auf die Füße getreten werden könnte⁵¹.

Anders als verschiedene lokale Saarvereine im Reich hatte die Berliner Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bis dahin ihre Kontakte zur NSDAP und anderen völkischen Organisationen auf das Notwendigste beschränkt. Schon um nicht den Ausnahmegeetzen zum Opfer zu fallen, die nach der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau in Kraft traten, grenzte sie sich unter Berufung auf ihre Überparteilichkeit von „rechtsfanatischen“ Kreisen ab⁵². Vogel ging bewußt zur völkischen „Saararbeitsstelle des Deutschen Hochschulrings“ auf Distanz, die in den Jahren 1924 und

⁴⁶ Vgl. Brief der GSV an Posselt (04.08.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6. In der Sondernummer des SF zur Niederwald-Bundestagung 1933 hingegen findet sich praktisch kein Artikel, der nicht in irgendeiner Form Braun zu diffamieren versuchte.

⁴⁷ SF 14 (1933) 18, S. 322.

⁴⁸ Vgl. hierzu beispielsweise SF 2 (1921) 24, S. 350 f.; SF 4 (1923) 4, S. 44 f.; SF 5 (1924) 18, S. 274; SF 6 (1925) 1, S. 9 f.; SF 8 (1927) 22, S. 414.

⁴⁹ Vgl. SF 2 (1921) 24, S. 350 f.

⁵⁰ SF 5 (1924) 17, S. 257.

⁵¹ Vgl. SF 11 (1930) 17, S. 324 f.; Brief Posselts an die GSV (28.05.30), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 5; Brief der GSV an Posselt (07.01.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 6.

⁵² Vgl. SF 3 (1922) 13/14, S. 212; Brief der GSV an Fett (05.08.22), in: BA-R 8014/216.

1925 mehrfach ihre Unterstützung angeboten hatte⁵³, und lehnte es ab, für Kundgebungen des „Bundes für den Großdeutschen Gedanken“ bzw. der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“ zu werben⁵⁴ oder sich am Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages zu beteiligen⁵⁵. Gelegentlich klang zwar in einzelnen Artikeln des „Saar-Freund“ auch völkisches oder großdeutsches Gedankengut durch, doch lassen sich derartige Passagen als Ansichten einzelner Autoren verstehen, die kaum die Meinung der gesamten Redaktion wiedergaben⁵⁶.

Direkte Verbindungslinien zur NSDAP beschränkten sich vor 1933 auf ein Minimum: Das dreijährige Verbot der Hitler-Partei im Saargebiet zwischen 1924 und 1926 fand nur eher beiläufige Erwähnung im „Saar-Freund“, zumal Vogel ihr Organ, die „Saardeutsche Volksstimme“, als „Jauchegrube“ empfand⁵⁷. Daher tat man Vogel nach den Kölner Zwischenfällen sicherlich unrecht, ihn in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken. Als ehemaliger Nationalliberaler und Monarchist konnte er mit den um eine Generation jüngeren Störenfrieden wenig anfangen, auch wenn ihm die Weimarer Republik zeit ihres Bestehens suspekt blieb und ihm die Entschlossenheit imponierte, mit der die Nationalsozialisten ihre Ziele angingen⁵⁸. Er sympathisierte eher mit dem Gedankengut des „Stahlhelm“ als mit dem der Nationalsozialisten⁵⁹. Obwohl die NSDAP seit Mai 1928 auch im Reichstag vertreten war, wurde sie von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ geflissentlich übergangen bzw. mußte sich gar den Vorwurf gefallen lassen, mit ihren Attacken auf saarländische Politiker den Separatismus zu fördern⁶⁰. Nach ihrem Erdrutschsieg im September 1930 ließ sich die zweitstärkste Fraktion im Reichstag allerdings nicht länger ignorieren. Mit der Aufnahme von zwei Abgeordneten der NSDAP in ihre interfraktionellen Saarausschüsse trug die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ allerdings vor allem dem Postulat der Überparteilichkeit Rechnung⁶¹. Während sowohl saarländische Zentrumspolitiker als

⁵³ Die Zurückhaltung Vogels lag vor allem darin begründet, sich keine Konkurrenz heranziehen zu wollen: Vgl. u.a. Brief der GSV an Bergemann (07.03.24), in: BA-R 8014/300. Zu Bergemann vgl. PAUL: Die NSDAP des Saargebietes, S. 80, Anm. 26.

⁵⁴ Vgl. Briefe der GSV an die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Verbände (28.11.25) bzw. die „Deutschvölkische Freiheitsbewegung“ (07.01.30), in: BA-R 8014/30 bzw. BA-R 8014/747.

⁵⁵ Vgl. Brief der GSV an das Stahlhelm-Bundesamt (18.02.31), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.093.

⁵⁶ Vgl. beispielsweise SF 5 (1924) I, S. 2.

⁵⁷ Vgl. SF 5 (1924) 5, S. 68; PAUL: Die NSDAP des Saargebietes, S. 39–44; Brief der GSV an Karius (15.01.29), in: BA-R 8014/806.

⁵⁸ Vgl. Brief Wilhelms an die GSV (17.08.32), in: BA-R 8014/89. Vgl. ebenso den Schriftwechsel zwischen Joseph Görgen und Vogel (August 1926), in: BA-R 8014/802. Im Unterschied zu den nüchternen, kühlen und unpersönlichen NS-Funktionären war Vogel eher emotional und volkstümlich.

⁵⁹ Vgl. Brief der GSV an Kellner (06.09.32), in: BA-R 8014/93.

⁶⁰ Vgl. Begrüßungsschreiben zur Heidelberger Bundestagung, in: SF 9 (1928) 14/15, S. 258–264; BA-R 8014/53; SF 9 (1928) 21, S. 395.

⁶¹ Vgl. Brief der GSV an Hans Hinkel (30.05.32), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 13. Vogel verwendet in dem Schreiben zweimal die Bezeichnung „NSDRP“, was darauf schließen läßt, daß er sich mit der Partei bislang kaum auseinandergesetzt hat. Mit den saarländischen Nationalsozialisten beschäftigte sich die GSV erst nach deren Einzug in den Landesrat 1932: Vgl. Brief der GSV an Wentz (14.03.32), in: BA-R 8014/810.

auch Sozialdemokraten in den letzten vor der „Machtergreifung“ publizierten Broschüren zu Wort kamen, wurden die Nationalsozialisten übergangen⁶². Im Herbst 1932 wies Vogel energisch die Vorschläge eines jungen saarländischen Nationalsozialisten zurück, einen offiziellen Reichsausschuß in Berlin sowie ein geheimes Saargremium in Saarbrücken unter dem Vorsitz Hermann Röchlings zu gründen⁶³. Im Interesse der Objektivität signalisierte Vogel lediglich, zur Kooperation auch mit der NSDAP bereit zu sein, distanzierte sich aber in aller Form von den konspirativen Plänen⁶⁴.

* * *

Lange bevor die Nationalsozialisten die „Volksgemeinschaft“ vermeintlich in die Tat umsetzten, wurde diese schon im „Saar-Freund“ beschworen⁶⁵. Durch die harten Erfahrungen völkischer Not, in welcher sich alle Deutschen zusammengefunden hätten, sei die Gemeinschaft in den westlichen Grenzgebieten spätestens nach dem Ruhrkampf Wirklichkeit geworden; für Konfessionshader, Parteiengezänk und Klassenkampf sei kein Raum mehr. Nach Ansicht Vogels habe die überparteilich ausgerichtete Organisation des Bundes einen entscheidenden Beitrag zur Realisierung der – im republikanischen Lager ebenfalls populären⁶⁶ – Volksgemeinschaft geleistet, da sie die Menschen einander näher gebracht habe:

„Man lerne den politisch, wirtschaftlich und weltanschaulich Andersdenkenden persönlich kennen und durchweg auch achten, sehe nicht nur das Trennende, sondern auch das gemeinschaftlich Verbindende und erkenne die eigentliche Selbstverständlichkeit, aber das bei uns Deutschen doch verhältnismäßig Seltene, daß auch der Andersdenkende ein sehr anständiger Mensch sein könne und sei, und gewöhne sich allmählich daran, auch dem politischen Gegner die Achtung entgegenzubringen, die man für sich und seine eigene Überzeugung erwarte. Diese ehrliche Zusammenarbeit habe besonders im Bund der Saar-Vereine zu einer Abschwächung und Überbrückung der Gegensätze geführt. Die nicht zuletzt in der Liebe zur gemeinsamen Heimat wurzelnde Tätigkeit des Bundes und das Zusammenwirken von Menschen verschiedener Richtungen in der Saarfrage dränge sozusagen ganz von selber den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund, lasse die Not- und Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen [...] deutlich fühlbar werden und trage so zu einer Stärkung des gesunden und notwendigen Nationalbewußtseins bei, ohne in Chauvinismus zu verfallen. Vor ihm bewahrt gerade die Arbeit in der Saar-Vereinsbewegung, die ja in steter und enger Fühlungnahme mit den führenden Leuten im Saargebiet erfolgt, die ihrerseits durch den vielfachen Verkehr, den die mit den führenden

⁶² Vgl. VOGEL: Das deutsche Saargebiet; Jahres-Bericht 1932, S. 37.

⁶³ Es handelte sich hierbei um den späteren Saarreferenden im RMPpropaganda, Carl Kuhlmann: Vgl. JACOBY, S. 96; PAUL: Deutsche Mutter, S. 70. Kuhlmann sah für sich die Rolle des bei der Saarbrücker Handelskammer beheimateten Koordinators zwischen beiden Gremien vor: „Es wird so eine Front geschaffen, die im Kampfgebiet geheim und im Reichsgebiet vom Reichsausschuß öffentlich so alle recht vielseitigen Vorarbeiten erledigt, daß etwa ab Ende 1933 ganz groß die Propagandaarbeit für die Abstimmung, sich stetig steigend bis zum Abstimmungstage selbst, eingesetzt werden kann.“: Vgl. Brief Kuhlmanns an die GSV (13.10.32), in: PA AA, II a Saargebiet, R 76.094.

⁶⁴ Vgl. Briefe der GSV an Kuhlmann sowie an das AA, das RMI, das PrMI und Röchling (26.10.32), in: Ebd. Die Feststellung von HAUPERT/ SCHÄFER (S. 130, Anm. 89) – „Der Bund der Saarvereine stand bereits sehr früh der NSDAP nahe und wurde seit etwa 1930 maßgeblich von Nationalsozialisten beeinflusst.“ – läßt sich inhaltlich nicht halten.

⁶⁵ Vgl. SF 1 (1920) 3, S. 9; SF 3 (1922) 2, S. 25; SF 5 (1924) 6, S. 82.

⁶⁶ Vgl. SONTHEIMER, S. 250 ff.

Männern der verschiedensten Nationen zu pflegen haben, sicherlich viel stärker als viele andere längst erkannt haben, daß echtes Nationalgefühl nichts zu tun hat mit nationalistischer Überheblichkeit.“⁶⁷

Mit ihren Versuchen, eine am Ideal der Volksgemeinschaft ausgerichtete Einheitsbewegung zu konstruieren, griff der Bund der Saarvereine der späteren „Deutschen Front“ vor. Wie wenige Monaten nach ihm der „Saarbevollmächtigte der Reichsregierung“ Bürckel reduzierte Posselt schon Anfang 1932 die Entscheidung über das künftige Schicksal der Saar auf die einfache Formel, daß letzten Endes

„alles deutsch [sei], was an der Saar lebt, arbeitet und vorwärts strebt. Und alles was deutsch ist, will heim zum Reich. Das allein muß ausschlaggebend sein für die politischen Auseinandersetzungen.“⁶⁸

* * *

Die bis 1933 propagierte und in den Satzungen verankerte Überparteilichkeit und Überkonfessionalität war in erster Linie ein Zugeständnis an die staatlichen Geldgeber und sollte gleichzeitig eine vom Parteienstreit der Weimarer Republik enttäuschte Klientel ansprechen. Die Realität sah hingegen anders aus: Seine einseitige aggressive Polemik stieß gemäßigte und verständigungsbereite Vereinigungen eher ab, während der Verein damit bei den vaterländischen, national bis nationalistischen und irredentistischen Verbänden auf breite Zustimmung stieß. Auch wenn dies in der Retrospektive anders dargestellt wurde, besaß der Bund der Saarvereine vor 1933 keine Affinität zu den Ideen des Nationalsozialismus. Gelegentliche nationalistisch gefärbte verbale Entgleisungen zielten vor der „Machtergreifung“ eher darauf ab, die Erwartungshaltung einer aufgeheizten Masse zu befriedigen als sie Ausdruck innerster Überzeugung oder gar theoretisch untermauert gewesen wären. Nach der Gleichschaltung diente die Berufung auf die jahrelange Objektivität zur Rechtfertigung der Kooperation mit dem Weimarer Parteienstaat. In Hinblick auf das bevorstehende Plebiszit schien es außerdem unverzichtbar, die Fassade der Überparteilichkeit weiterhin zu pflegen, galt es doch, die Abstimmungsberechtigten aller politischen Lager für die deutsche Option zu gewinnen.

⁶⁷ Gerade im bevorstehenden Wahlkampf sehne sich das deutsche Volk nach einer „parteifreien Sphäre“: SF 9 (1928) 9, S. 135. Vgl. ebenso Tätigkeitsbericht 1927, S. 11; Jahresbericht 1931, S. 12 f.; Jahres-Bericht 1932, S. 11 f. sowie SF 13 (1932) 18/19, S. 303.

⁶⁸ SF 13 (1932) 1, S. 4.